

Arbeitskreis zur Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Heidelberg



Heidelberg, 15.09.2011

Bürgerbeteiligung JA – aber wie? Öffentliche Veranstaltung am 20.7.2011

Wichtige Diskussionspunkte und Anregungen an den Arbeitskreis zur "Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Heidelberg"

Als Moderator des Abends weist Herr Prof. Klages in seiner Einführung unter anderem darauf hin, dass der „AK Bürgerbeteiligung“ ein gutes Beispiel für das gelingende Zusammenwirken von Verwaltung, Gemeinderat und Vertretern der Heidelberger Bürgerschaft sei. Gerade beim Thema Bürgerbeteiligung sei dieser „Dialog“ außerordentlich wichtig. Ziel der AK-Arbeit sei es, einen geeigneten Rahmen für eine systematische und dauerhafte Bürgerbeteiligung in Heidelberg zu schaffen. Dazu werden Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg entwickelt, die letztlich dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. In mehreren Arbeitssitzungen habe der AK bisher Ziele und erste Bausteine dazu erarbeitet. Die heutige Abendveranstaltung verstehe sich als erste Diskussions- und Rückkoppelungsrunde mit einem möglichst breitgefächerten Heidelberger Publikum auf der Basis der aktuellen Zwischenergebnisse des Arbeitskreises.

Herr Zimmermann von der städtischen Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung stellt in einem Vortrag die Ziele sowie die ersten Zwischenergebnisse des AK vor. Der Vortrag ist unter www.heidelberg.de/buergerbeteiligung veröffentlicht.

In der sich anschließenden, rege und teilweise auch kontrovers geführten Diskussion, standen folgende Fragestellungen und Anregungen zum Thema Bürgerbeteiligung im Vordergrund:

1. Kritische Frage nach dem wirklich Neuen an den entwickelten Vorstellungen zur Bürgerbeteiligung und nach den tatsächlich zu erwartenden, positiven Veränderungen.
2. Erwartung, dass das ehrenamtliche Engagement von Bürgern die sich beteiligen gewürdigt wird und die Ergebnisse Gehör finden.
3. Bisher fehlten oft die gegenseitige Wertschätzung und eine Kultur des konstruktiven Miteinanders.
4. Begrüßung, dass das Thema Bürgerbeteiligung in dieser systematischen Form „angegangen“ wird.
5. Wichtig sei die Einbeziehung und Stärkung der Bezirksbeiräte. Mehrfach wurde angeregt, dass diese direkt gewählt werden und in der Regel öffentlich tagen sollten. Gleichzeitig sollten Sie bei politischen Entscheidungen ernster genommen werden und selbst auch stärker die offene Diskussion im Stadtteil suchen.
6. Proteste gegen Entwicklungsvorhaben kämen aufgrund fehlender Informationen in der Öffentlichkeit oft sehr spät. Die "Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Heidelberg" könnten einen Fortschritt bringen, da eine kontinuierliche Beteiligung über das ganze Projekt gesucht wird.
7. Der angedachte Vorhabenbericht der Verwaltung wäre eine Gewinn für beide Seiten: die Öffentlichkeit könnte sich früher informieren und die Verwaltung würde Vertrauen schaffen. Mehrfach wird betont, dass dem Vorhabenbericht eine Schlüsselfunktion für eine verbesserte Bürgerbeteiligung zukommen würde.
8. Vor allem im Vorfeld von Baumaßnahmen und Bebauungsplänen solle eine Bürgerbeteiligung ermöglicht werden. Das sei bisher nur unzureichend gegeben.
9. Zu Haushaltsberatungen und Haushaltsangelegenheiten sollte Bürgerbeteiligung ermöglicht und angestrebt werden („Bürgerhaushalt“).

10. Betont wird die Wichtigkeit, auch schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen einzubinden. Ebenso wird die Bedeutung der Stadtteilvereine sowie von Interessenvertretern wie etwa den Kinderbeauftragten hervorgehoben.
11. Angeregt wird ein „Offenes Bürgerbüro“, mit Infos zu Vorhaben der Stadt und „Diskussionsecken“ für die Bürgerinnen und Bürger.
12. Die Ressourcenausstattung für Bürgerinitiativen sollte verbessert werden, damit diese „auf Augenhöhe“ mitreden können: Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung stellen und deutlich verminderte Plakatierungskosten wurden als Beispiele genannt.
13. Stadtentwicklungsplan, Modell Räumliche Ordnung, Verkehrsentwicklungsplan und Stadtteilrahmenpläne gelte es wieder in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Was ist aus den Zielen und Maßnahmen geworden? Es gelte eine Streitkultur über die Durchsetzung der vereinbarten Ziele zu initiieren.
14. Umgang mit Investoren: Auch hier wird eine möglichst frühzeitige Information über Interessen und mögliche Projekte gefordert. Können auch diese im Vorhabenbericht aufgeführt werden? Gleichzeitig wird deutlich, dass Investoren im Stadium der Anfrage an die Stadt auch einen gewissen „Schutz“ angeboten werden muss, etwa um den Diebstahl geistigen Eigentums (Investitionsidee) zu vermeiden. Der AK wird gebeten, über dieses Thema noch weiter nachzudenken. Bei Beteiligungsprozessen müssten Investoren mit an den Tisch. Bei so viel Diskussion um Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen müsse Heidelberg aber auch aufpassen, dass es für Investoren nicht "unattraktiv" werde.
15. Wichtig sei die Transparenz hinsichtlich der Gründe für bestimmte Entscheidungen der Verwaltung und der Politik.
16. Die politische Beratung in den Ausschüssen des Gemeinderats sollte möglichst immer öffentlich stattfinden und die entsprechenden Unterlagen von Anfang an öffentlich zugänglich sein.
17. Es wird kritisch hinterfragt, ob die Verwaltung ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen habe, um dieses deutliche „Mehr“ an Bürgerbeteiligung zu leisten. Nach Einschätzung der Verwaltung gelte es, schrittweise Erfahrungen mit erweiterter Bürgerbeteiligung zu sammeln. Innerhalb der Verwaltung werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses wichtige Thema sensibilisiert. Deshalb wurde u.a. eine verwaltungsinterne Projektgruppe zur Bürgerbeteiligung gebildet. Die Verwaltung brauche für diesen Prozess der Bürgerbeteiligung Zeit, Wissen müsse aufgebaut und Erfahrungen gesammelt werden. In manchen Bereichen seien Veränderungen der Arbeitsabläufe zu erwarten, die aber nicht zwangsläufig zu Mehrbelastungen führen müssten. Wo dem so sei, sei es im ersten Schritt eine Führungsaufgabe und in einem etwaigen zweiten Schritt auch Aufgabe der Politik, angemessen darauf zu reagieren. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es sich in der Regel um einen befristeten, projektbezogenen Mehrbedarf handeln wird, aber natürlich sei nicht auszuschließen, dass es zu Mehraufwendungen kommen kann.
18. Bei Architektenwettbewerben sollte die Bewertung nicht nur durch ein vorbestimmtes Gremium erfolgen, sondern auch die Meinung der Bürger soll gehört werden.
19. Wichtig sei es, die Bürgerbeteiligung „von unten“ zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Eine „von oben“ gesteuerte Bürgerbeteiligung verfehle oft (gewollt oder ungewollt) die Realität und würde als Bevormundung empfunden.
20. Die Leitlinien sollen allgemein verständlich und inhaltlich für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein.

Moderation: Prof. Helmut Klages

Vertreter des AK auf dem Podium: Herr Bujard, Frau Faust-Exarchos, Frau Vetter, Herr Weber, Herr Zimmermann